

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 18. April 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/hyo>

Kinderrechte ins Grundgesetz

Vor zwanzig Jahren trat die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Gleichwohl ist sie noch nicht vollständig umgesetzt. Vor zehn Jahren wurden auf Initiative der Bürgerschaftsfraktion der Grünen, damals noch in der Opposition, die Kinderrechte in die Bremer Landesverfassung aufgenommen. Mehrere Vorstöße des Bremer Senats im Bundesrat, die Kinderrechte im Grundgesetz abzusichern, scheiterten aber stets an den CDU-geführten Bundesländern und der Bundesregierung von CDU und FDP. Die neue rot-grüne Mehrheit im Bundesrat steigert die Chancen, endlich erfolgreich das Grundgesetz zu ändern, weshalb die rechtspolitische Sprecherin Sülmez Dogan und der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker einen erneuten Anlauf unternahmen. Der heute diskutierte Antrag wurde beschlossen.



Im Grundgesetz sind zwar die Menschenrechte verankert, die auch für Kinder gelten, in Artikel 6 werden Kinder erwähnt, aber nur als Objekte von Pflege und Erziehung. Sülmez Dogan hält den GegnerInnen einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz entgegen, dass es keine ausdrückliche Feststellung des Rechts eines jeden Kindes auf Förderung der Entwicklung seiner Persönlichkeit gibt. Es gibt auch keine ausdrückliche Regelung der staatlichen Schutzpflicht gegenüber Kindern. Eine Klarstellung und Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz wäre richtig, weil dadurch auch die Belange der Kinder künftig besonders berücksichtigt werden müssen bei staatlichen Entscheidungen.

Abschiebehäft gehört auf den Müllhaufen der Geschichte

Immer noch können Menschen ins Gefängnis kommen, ohne eine Straftat begangen zu haben – und das bis zu 18 Monate! Es handelt sich dabei um Personen, die der Aufforderung, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, nicht nachgekommen sind. Sie landen in der Abschiebungshaft, dem „Abschiebeknast“. In Bremen konnte durch Ausschöpfen der Ermessensspielräume per Erlass von 2009 die Anzahl der Personen in Abschiebungshaft kontinuierlich gesenkt werden. Ziel muss aber sein, die Abschiebungshaft abzuschaffen, zumindest aber Alternativen dazu zu schaffen.



Dazu brachte der Innenpolitiker Björn Fecker gemeinsam mit seinen Kolleginnen Sülmez Dogan (Recht) und Zahra Mohammadzadeh (Migration, Integration und Flüchtlingspolitik) einen heute beschlossenen Antrag auf den Weg. Björn Fecker musste feststellen, dass es heute in Bremen und im Bund keine Mehrheit für die komplette Abschaffung des Abschiebebegewahrsams gibt. Deshalb ist die Hauptstoßrichtung des Antrags, die Bedingun-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

gen auf Landesebene so zu gestalten, dass der Kreis derjenigen, die im Grundsatz von Ingewahrsamnahmen ausgeschlossen sind, vergrößert wird.

Service für Vergabeverfahren

Kompliziert ist das Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, weil viele landes-, bundes- und europarechtliche Regelungen zu beachten sind. Gerade für kleine und mittlere Betriebe, die nicht über eigene Rechtsabteilungen verfügen, ist es schwierig, sich auf solche Aufträge zu bewerben. Ein Koalitionsantrag zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle, die Hilfestellung durch Bündelung und Vereinheitlichung der diversen Vergabeverfahren und Formalitäten bieten soll, wurde heute beschlossen.



Der Wirtschaftspolitiker Ralph Saxe führte zum Anliegen des Antrags aus, dass eine Beteiligung regionaler Betriebe an regionalen Ausschreibungen ausdrücklich gewollt ist und dazu die Vergabepaxis effizienter, transparenter und nutzerfreundlich gestaltet werden muss. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten im Dezember 2012 eine öffentliche Anhörung zur Vergabe durchgeführt, deren Quintessenz die Einführung einer einheitliche Vergabestelle war.

Die Bremer Uni – exzellent und divers

Welch hervorragende Arbeit die Bremer Universität leistet, wurde im vergangenen Jahr durch die Verleihung des Titels "Exzellenzuniversität" unter Beweis gestellt. Damit verbunden sind Fördermittel des Bundes in Höhe von 80 Millionen Euro. Neben aller Freude darüber bestehen jedoch Befürchtungen, dass nur einzelne Universitätsbereiche Vorteile hätten, die Lehre nicht davon profitieren würde und die anderen Hochschulen des Landes Nachteile haben könnten.



Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin, brachte daher im Dezember 2012 einen heute beschlossenen Entschließungsantrag auf den Weg, mit dem die Bürgerschaft die Erwartung bekundet, dass diese Befürchtungen nicht eintreten. Silvia Schön zeigte sich erfreut, dass in der Zwischenzeit schon viel Positives umgesetzt wurde. So habe der Senat in den Haushaltseckwerten festgelegt, die Exzellenzinitiative nicht aus dem Wissenschaftshaushalt zu finanzieren, also nicht zu Lasten der anderen Hochschulen, sondern als „Vorabdotierung“. Zudem hat die Universität die Forschungswerkstatt „Uni Bremen – exzellent und divers“ zur wissenschaftlichen kritischen Begleitung der Exzellenzinitiative eingerichtet. Die mit der Auszeichnung bewirkte Aufbruchstimmung lässt hoffen für die Lehre, den wissenschaftlichen Nachwuchs und mehr Chancen für die Geisteswissenschaften.

Frauenquote – das Thema kriegen Sie nicht in die Tube zurück!

Für heute war im Bundestag die Abstimmung über einen Gesetzantrag des Bundesrats angesetzt, der die Einführung einer Frauenquote von zwanzig



Prozent in allen Aufsichtsräten deutscher börsennotierter Unternehmen vorsieht. Um dem Ansinnen weiteren Nachdruck aus Bremen zu verleihen, haben die Grünen-Abgeordneten Doris Hoch (Frauenpolitik) und Sülmez Dogan (Recht) einen Entschließungsantrag auf den Weg in die Bürgerchaftsberatung gebracht, der sich inhaltlich einer Initiative der EU-Kommissarin für Justiz, Viviane Reding, anschließt. Diesen Vorschlag weist die schwarz-gelbe Bundesregierung zurück, noch Anfang der Woche war offen, ob nicht doch ausreichend AbweichlerInnen von CDU und FDP im Bundestag mit der Opposition stimmen würden. Heute hat der Bundestag die Einführung der Frauenquote abgelehnt.



Doris Hoch kritisierte die Koalitionsfraktionen des Bundestags, denn Grüne und SPD haben noch kurzfristig weitgehende Kompromissvorschläge gemacht, auf die nicht eingegangen wurde.

Bei der Umsetzung von Demokratie und Gleichstellung in der Wirtschaft ist Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor ein rückständiges Land, führte Doris Hoch aus. Trotz aller gutgemeinten Aufrufe, Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen hat sich in der Privatwirtschaft seit Jahren wenig getan. Schon im Jahr 2011 waren die JustizministerInnen der Bundesländer der Auffassung, dass die Einführung einer bundesgesetzlich geregelten Geschlechterquote für Führungs- und Kontrollgremien der Wirtschaft dringend geboten ist. Die Zahl der QuotenbefürworterInnen wächst, der Druck wird größer. „Ich kann Ihnen versichern“, so Hoch, „dieses Thema kriegen Sie nicht wieder in die Tube zurück!“

EU-Haushalt ist auch unsere Angelegenheit

Erstmals wurde von den Regierungs- und Staatschefs und -chefinnen eine Kürzung des Finanzrahmens der EU vorgeschlagen. Für die Zeit von 2014 bis 2020 sollen weniger Mittel zur Verfügung stehen, obwohl die Aufgaben der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon gewachsen sind. Dieser Finanzrahmen muss vom europäischen Parlament beschlossen werden, alle dort vertretenen Fraktionen haben aber ihre ablehnende Haltung deutlich gemacht.



Hermann Kuhn, finanz- und europapolitischer Sprecher, hatte einen heute beschlossenen Koalitionsantrag verfasst, der wegen der Auswirkungen der Kürzungen auch für das Land Bremen den Einsatz der Bundesregierung und auch des Senats für einen Finanzrahmen fordert, der den Anforderungen des EU-Parlaments entspricht.

Kuhn verdeutlichte die Bedeutung der Kürzung für die Regionen. Es wird vor allem in der Strukturpolitik gekürzt, also der Solidarität und Unterstützung für schwächere Regionen. Das EU-Budget ist eben kein Haushalt für „Brüssel“, sondern für die Länder und Regionen, und die sprechen eine andere Sprache als die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs.

Kritik übte Kuhn auch an Bundeskanzlerin Merkel, die ihre Zusage vom Sommer letzten Jahres gebrochen hat, als mit den Bundestagsfraktionen und den Bundesländern über den Fiskalpakt verhandelt wurde. SPD und Grüne hatten darauf bestanden, dass die Haushaltskonsolidierung von Wachstumsimpulsen flankiert werden müsse. Die Zusage war, dass deshalb bei der europäischen Strukturpolitik keine Einschnitte gemacht würden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de